



Projektbericht  
Dezember 2025

**KoBra**  
Kooperation Brasilien



## **Indigene und Landrechte**

**„Wir sind keine Opferzone!“**

**Indigene Mobilisierungen in Belém und die  
Ausweitung des Bergbaus auf traditionelle  
Territorien in Bahia  
von Vinícius Mendes**

# „Wir sind keine Opferzone!“ - Indigene Mobilisierungen in Belém und die Ausweitung des Bergbaus auf traditionelle Territorien in Bahia

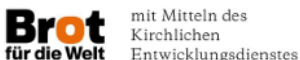
Von Vinícius Mendes

## Inhaltverzeichnis

1. Einleitung – „Das heiligste Territorium ist der Traum“ .....	2
2. Mobilisierungen und politische Konflikte in Belém .....	4
2.1 Räume der Zivilgesellschaft: Cúpula dos Povos und COP do Povo .....	4
2.2 Indigene Präsenz und direkte Aktionen .....	4
2.3 Politische Spannungen rund um die COP 30 .....	5
3. Neue Opferzonen der Energiewende? .....	7
4. Schwerpunkt Bahia – Ausweitung des Bergbaus und Energieparks auf traditionelle Territorien .....	8
4.1 Taquaril dos Fialhos – Eine organisierte Gemeinschaft unter Druck .....	8
4.2 Antas und Palmitos – Vertreibung, Wasserverlust und soziale Zerstörung .....	12
4.3 Curral Velho und die FIOL – Infrastruktur für wen? .....	13
4.4 Staatliche Akteure und politische Verantwortung .....	14
5. Internationale Verantwortung – Deutschland und die EU .....	14
7. Schlussfolgerung – Territorien als Voraussetzung für Zukunft .....	17
8. Quellen und weiterführende Literatur .....	18

Titelbild: Vinícius Mendes/KoBra. Globaler Marsch fürs Klima während der COP 30 in Belém.

Gefördert durch:



Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL



Mit Mitteln des

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein KoBra – Kooperation Brasilien e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

## 1. Einleitung – „Das heiligste Territorium ist der Traum“



Foto: Vinícius Mendes/KoBra. Das ist der „Caminho das Pedras“, etwa „Steinpfad“, der Eingang zum Quilombo do Abacatal, das wir in Pará besucht haben. Für die Gemeinschaft ist er heute ein heiliger Ort, der viel Bedeutung und Kraft mit sich trägt.

Die Worte „*Das heiligste Territorium ist der Traum*“ fielen nicht in einer offiziellen Plenarsitzung der COP 30, sondern in einer der vielen selbstorganisierten Aktivitäten der Zivilgesellschaft in Belém. Sie standen im Raum wie eine Verdichtung dessen, was die Reise von KoBra nach Brasilien im Jahr 2025 sichtbar machte: dass Territorium nicht nur Land ist, sondern Zukunft, Möglichkeit, Kontinuität – und dass Klimapolitik ohne diese Dimension unvollständig bleibt. Die COP 30 präsentierte sich als globales Forum für Lösungen, doch in den Straßen, auf den Flüssen und in den selbstverwalteten Räumen der Cúpula dos Povos wurde deutlich, dass die zentralen Konflikte nicht technischer, sondern territorialer Natur sind.

Belém war in diesen Tagen ein Labor politischer Auseinandersetzung. Indigene Bewegungen, Flussgemeinschaften, Quilombolas, städtische Kollektive und internationale Delegationen besetzten symbolische und physische Räume, um die Widersprüche zwischen Klimaversprechen und territorialer Realität sichtbar zu machen. Die *Barqueata*, die Munduruku-Blockade vor der Blue Zone, das Tribunal der Völker und die *COP do Povo* zeigten, dass die Verteidigung von Territorien längst Teil der globalen Klimadebatte ist – und dass die Antworten, wie viele sagten, in den Territorien liegen.



Fotos: Vinícius Mendes/ KoBra.

Nach den Tagen in Belém reiste KoBra weiter nach Bahia, um im Rahmen einer Mission des *Conselho Nacional de Direitos Humanos (CNDH)*<sup>1</sup> die Ausweitung des Bergbaus und großer Windkraftparks auf traditionelle Territorien zu begleiten. Die Gespräche mit Gemeinschaften in Taquaril dos Fialhos, Antas und Palmitos sowie Curral Velho machten deutlich, wie eng extraktive Projekte, Energieinfrastruktur und staatliche Entwicklungsprogramme miteinander verflochten sind. Viele Bewohner\*innen berichteten, dass die Energie der Windparks direkt zur Versorgung von Bergbaukomplexen genutzt wird – ein Hinweis darauf, dass die Energiewende in Brasilien neue Opferzonen schafft, anstatt alte zu überwinden. Die Ergebnisse dieser Mission wurden am 26. Februar 2026 in einer öffentlichen Sitzung des CNDH vorgestellt, die online übertragen wurde<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup> Der *Conselho Nacional de Direitos Humanos (CNDH)* ist ein paritätisch besetztes brasilianisches Bundesgremium, das Menschenrechtsverletzungen beobachtet, untersucht und staatliche Stellen zu Maßnahmen verpflichtet; die Mission in Bahia wurde gemeinsam vom CNDH, der *Articulação de Monitoramento de Direitos Humanos (AMDH)*, der *Cáritas Brasileira* und weiteren Partnerorganisationen durchgeführt.

<sup>2</sup> CNDH – [95ª Reunião Ordinária \(26.02.2026\)](#) – apresentação dos resultados da missão na Bahia.

Diese Einblicke bilden den Ausgangspunkt dieses Dossiers. **Es argumentiert, dass territoriale Gerechtigkeit keine Randbedingung, sondern die Voraussetzung für jede Form von Klimagerechtigkeit ist.** Die Mobilisierungen in Belém und die Konflikte in Bahia zeigen, dass die Verteidigung von Territorien nicht nur ein lokaler Kampf ist, sondern ein globales politisches Projekt – eines, das auch Deutschland und Europa betrifft, deren Energiewende und Rohstoffpolitik tief in diese Dynamiken eingreifen.

## **2. Mobilisierungen und politische Konflikte in Belém**

### **2.1 Räume der Zivilgesellschaft: *Cúpula dos Povos* und *COP do Povo***

Belém wurde während der COP 30 zu einem vielschichtigen politischen Raum, in dem sich offizielle Verhandlungen und selbstorganisierte Mobilisierungen überlagerten. Abseits der Blue Zone entstand mit der *Cúpula dos Povos* ein Ort, an dem Bewegungen, indigene Organisationen, Quilombolas, Flussgemeinschaften, feministische Kollektive und internationale Delegationen ihre eigenen Analysen und Forderungen formulierten. Die *COP do Povo* stellte dabei nicht nur eine Gegenveranstaltung dar, sondern eine politische Intervention: Sie machte sichtbar, dass Klimapolitik nicht neutral ist, sondern von Machtverhältnissen, territorialen Konflikten und wirtschaftlichen Interessen geprägt wird.

In diesem Kontext fanden Formate statt, die bewusst die Grenzen der offiziellen COP überschritten. Das *Tribunal der Unternehmen des Millenniums* stellte extraktive Konzerne öffentlich zur Verantwortung und dokumentierte systematische Menschenrechtsverletzungen. Die *Caravana da Resposta* brachte Delegationen in städtische und periphere Gebiete Beléms, um die Auswirkungen von Infrastrukturprojekten, Überschwemmungen und Vertreibungen sichtbar zu machen. Die Präsenz palästinensischer Aktivist\*innen und die Verbreitung der *kuffiyeh* unter indigenen Delegationen unterstrichen, dass territoriale Kämpfe global miteinander verflochten sind.

Diese Räume der Zivilgesellschaft waren nicht nur Orte des Protests, sondern auch Orte der politischen Produktion. Sie formulierten eine Diagnose, die sich durch die gesamte Reise zog: dass die offiziellen Klimaverhandlungen zentrale Fragen – Land, Wasser, Territorium – systematisch ausklammern, obwohl sie für die betroffenen Gemeinschaften existenziell sind.

### **2.2 Indigene Präsenz und direkte Aktionen**

Die sichtbarsten politischen Interventionen während der COP 30 kamen von indigenen Bewegungen. Die *Barqueata*, eine große Flussdemonstration, verband spirituelle Praxis, politische Botschaft und territoriale Selbstbehauptung. Sie machte deutlich, dass der Amazonas

nicht nur ein Ökosystem, sondern ein politischer Raum ist, dessen Verteidigung untrennbar mit der Zukunft des Klimas verbunden ist.

Besonders prägend war die Aktion der Munduruku, die den Zugang zur Blue Zone blockierten und damit die symbolische Grenze zwischen offizieller Diplomatie und territorialer Realität durchbrachen. Ihre Botschaft war klar: Die COP könne nicht über Klima sprechen, während gleichzeitig Projekte vorangetrieben werden, die ihre Flüsse, Wälder und Lebensgrundlagen bedrohen. Die Forderungen richteten sich gegen die geplante Privatisierung des Tapajós, gegen Bergbauprojekte und gegen die systematische Missachtung des Rechts auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (CLPI).



Foto: Douglas Pingituro. Mundurukus besetzen den Eingang der COP-30 in Belém.

In zahlreichen Redebeiträgen wurde ein Satz immer wieder aufgegriffen: „*As respostas estão nos territórios!*“ Er fasst die politische Perspektive indigener Bewegungen zusammen: dass Lösungen für die Klimakrise nicht in technischen Mechanismen oder Marktlogiken liegen, sondern in territorialen Praktiken, die seit Jahrhunderten existieren und heute systematisch bedroht werden.

### **2.3 Politische Spannungen rund um die COP 30**

Die war nicht nur ein Ort der Mobilisierung, sondern auch ein Schauplatz politischer Widersprüche. Während die Bundesregierung neue Demarkationen ankündigte, wurden gleichzeitig Großprojekte vorangetrieben, die zentrale Flusssysteme und traditionelle Territorien gefährden. Der Gouverneur des Bundesstaates Pará unterzeichnete während der COP ein Abkommen mit einem Bergbauunternehmen – ein Schritt, der von Bewegungen als Verrat an den zuvor gemachten Umweltversprechen gewertet wurde.

Auch auf Bundesebene zeigten sich Spannungen. Vertreter\*innen der Regierung betonten öffentlich die Bedeutung indigener Territorien für den Klimaschutz, während gleichzeitig die Freigabe neuer Pestizidien und die Förderung extraktiver Infrastrukturprojekte vorangetrieben wurden. Die Präsenz von politischen Akteuren wie Guilherme Boulos, der in Belém Zusagen zum Schutz der Flüsse machte, stand im Kontrast zu Entwicklungen Anfang 2026, die diese Versprechen infrage stellten.



Foto: Vinícius Mendes/KoBra. *Barqueata* durante a COP 30 em Belém

Diese Widersprüche machten deutlich, dass die COP 30 nicht nur ein diplomatisches Ereignis war, sondern ein Spiegel der politischen Konflikte Brasiliens: zwischen Entwicklungsversprechen und territorialen Rechten, zwischen internationalem Klimadiskurs und lokalen Realitäten, zwischen wirtschaftlichen Interessen und der Verteidigung von Lebenswelten.

### 3. Neue Opferzonen der Energiewende?

Die Diskussionen in Belém machten deutlich, dass die Klimapolitik Brasiliens nicht isoliert von globalen Energie- und Rohstoffströmen betrachtet werden kann. Während in den offiziellen Räumen der COP 30 über Dekarbonisierung, Emissionshandel und technologische Lösungen gesprochen wurde, zeigte sich in den selbstorganisierten Räumen der Zivilgesellschaft ein anderes Bild: Die Energiewende – sowohl die brasilianische als auch die europäische – erzeugt neue territoriale Konflikte, die vor allem traditionelle Gemeinschaften, indigene Völker und ländliche Regionen treffen.

Ein zentrales Element dieser Dynamik ist die enge Verzahnung zwischen Bergbau und erneuerbaren Energien. In mehreren Regionen Bahias berichteten Gemeinschaften, dass große Windkraftparks nicht primär zur Versorgung lokaler Haushalte oder zur allgemeinen Netzeinspeisung errichtet wurden, sondern zur direkten Energieversorgung von Bergbaukomplexen. Diese Aussage, die in *Taquaril dos Fialhos*, *Curral Velho* und *Antas/Palmitos* mehrfach wiederholt wurde, verweist auf ein strukturelles Muster: Die „grüne“ Energieproduktion dient als Infrastruktur für extraktive Großprojekte, die wiederum Wasser, Boden und soziale Strukturen massiv belasten.



Foto: Vinícius Mendes/KoBra. Windkraftanlagen liegen in der Nähe von Häusern und stören die Anwohner die ganze Nacht.

Windkraftanlagen, die in Europa als Symbol nachhaltiger Transformation gelten, werden in Bahia häufig auf Hügelketten und Gebieten errichtet, die für die lokalen Gemeinschaften zentrale ökologische Funktionen erfüllen. Bewohner\*innen berichteten von der Austrocknung von

Quellen, Veränderungen im Mikroklima, Lärm durch die Turbinen und einer zunehmenden Fragmentierung der Landschaft. Diese Eingriffe verstärken die bereits bestehenden Belastungen durch Bergbauprojekte, die große Mengen Wasser benötigen, Staub und Erschütterungen verursachen und die territoriale Integrität traditioneller Gemeinschaften bedrohen.

Gleichzeitig entstehen entlang der geplanten Logistikkorridore – wie der *Ferrovía de Integração Oeste-Leste* (FIOL), den Häfen von Ilhéus und den geplanten Wasserstraßen im Tapajós-Becken – neue Infrastrukturen, die den Abtransport von Eisenerz, Mangan und anderen Rohstoffen erleichtern sollen. Diese Projekte werden häufig als notwendige Modernisierung dargestellt, doch für die betroffenen Gemeinschaften bedeuten sie vor allem Landverlust, Umweltzerstörung und eine zunehmende Militarisierung des Territoriums.



Foto: Vinícius Mendes/KoBra. Bau von FIOL zerstört traditionelle Gebiete.

In diesem Spannungsfeld wird deutlich, dass die Energiewende nicht automatisch gerecht ist. Sie kann – wenn sie auf extraktiven Logiken basiert – neue „Opferzonen“ schaffen, in denen ökologische und soziale Kosten ausgelagert werden, während die Gewinne transnationalen Unternehmen zufließen. Die Erfahrungen in Bahia zeigen, dass die Frage nicht lautet, ob erneuerbare Energien notwendig sind, sondern **wie** sie produziert werden, **wo** sie installiert werden und **wem** sie dienen.

#### **4. Schwerpunkt Bahia – Ausweitung des Bergbaus und Energieparks auf traditionelle Territorien**

##### **4.1 Taquaril dos Fialhos – Eine organisierte Gemeinschaft unter Druck**

*Taquaril dos Fialhos* liegt in einer Region, die lange Zeit von kleinbäuerlicher Produktion geprägt war. Bis in die 2000er Jahre hinein war die Gemeinde ein Zentrum der Zuckerrohrverarbeitung: Über hundert familiäre Alambiques produzierten Rapadura und Cachaça, weitere Dutzende stellten Zuckerrohrprodukte für den lokalen Markt her. Als sich der Konsum veränderte und die Nachfrage nach Rapadura sank, passte sich die Gemeinschaft an und begann, Obst und Gemüse – vor allem Mangos – anzubauen. Die 1998 gegründete Associação stärkte diese Umstellung und machte Taquaril zu einem Beispiel für lokale Resilienz und Selbstorganisation.

Mit der Ankunft der Bamin im Jahr 2008 veränderte sich die Dynamik abrupt. Die Firma wollte ihr Bergbauprojekt vorstellen, doch die Gemeinschaft entschied, ihr eigenes Projekt zu präsentieren: ein Video, das die Vielfalt der lokalen Produktion, die Bedeutung der Wasserquellen und die soziale Struktur des Dorfes zeigte. Die Botschaft war klar: Die Zukunft von Taquaril sollte nicht von außen definiert werden. In den Worten vieler Bewohner\*innen: „*Es war entweder ihr Projekt – oder unseres.*“



Foto: Vinícius Mendes/KoBra. Gespräch mit Gemeinde *Taquaril dos Fialhos*.

Die Unterstützung durch die CPT und später durch das MAM half der Gemeinschaft, die technischen und juristischen Dimensionen des Konflikts zu verstehen. In einer öffentlichen Anhörung in Guirapá positionierte sich Taquaril geschlossen gegen das Bergbauvorhaben – ein Moment, der die Strategie der Unternehmen veränderte. Von da an versuchten sie, die

Gemeinschaft zu spalten, indem sie einzelne Familien direkt ansprachen und individuelle Verhandlungen anboten. Gilberto, eine der lokalen Führungspersonen, formulierte es so: „*Wenn die Gemeinschaft nicht zusammenhält, wird es sehr schwer. Genau deshalb versuchen sie, uns zu spalten.*“

Die Bergbauunternehmen führten Bohrungen durch, überschritten dabei genehmigte Grenzen, öffneten Gräben und verletzten mehrfach Umweltauflagen. Während der Pandemie setzten sie ihre Aktivitäten fort, bewegten sich in der Gemeinde ohne Schutzmaßnahmen und erzeugten Angst und Unsicherheit. Tiere reagierten mit Stress: Hühner legten weniger Eier, Rinder wurden unruhig, und die Geräusche der Maschinen veränderten das Verhalten der Herden. Für die staatliche Bergbaubehörde Sigma existierte Taquaril in den Worten der Bewohner\*innen „nur als Fläche, nicht als Gemeinschaft“.



Foto: Vinícius Mendes/KoBra. Gesprächsrunde mit Gemeinde *Taquaril dos Fialhos*.

Besonders gravierend ist die Bedrohung der Wasserquellen. Das Gebiet, das die Unternehmen beanspruchen, umfasst die wichtigsten Quellregionen, die nicht nur Taquaril, sondern auch benachbarte Gemeinden und Teile von Licínio de Almeida versorgen. Die Erfahrung mit Windparks in der Region – die bereits zu Veränderungen im Wasserhaushalt geführt hatten – verstärkte die Sorge, dass Bergbau und Energieparks gemeinsam ein ökologisches Gleichgewicht

zerstören könnten, das für die bäuerliche Produktion zentral ist. Viele Bewohner\*innen berichteten, dass die Energie der Windparks direkt zur Versorgung der Bergbauanlagen genutzt wird – ein Hinweis auf die strukturelle Verbindung zwischen „grüner“ Energie und extraktiven Projekten.

Taquaril ist heute vollständig von Bergbauprozessen kartiert. Jede Familie besitzt ein Stück Land mit Dokumentation und Titeln; jede Bohrung, jede „picada“ wurde auf jemandes Grundstück durchgeführt. Die Gemeinschaft zählt 33 Familien, doch die Auswirkungen reichen weit darüber hinaus: Schätzungen zufolge sind in der Region über 14.000 Familien direkt oder indirekt betroffen. Die Bedrohung ist territorial, sozial und existenziell – und sie zeigt, wie eng Bergbau und Energiewende in Bahia miteinander verflochten sind.

#### **4.2 Antas und Palmitos – Vertreibung, Wasserverlust und soziale Zerstörung**

Die Gemeinden Antas und Palmitos wurden bereits 2008–2009 durch die ersten Schritte des Projekts Pedra de Ferro massiv getroffen. Viele Familien wurden unter Druck umgesiedelt, oft ohne klare Informationen, ohne juristische Unterstützung und ohne die Möglichkeit, kollektiv zu entscheiden. Cleide, eine der zentralen Stimmen der Region, beschreibt die Erfahrung als einen Prozess der schleichenden Enteignung: *„Bis heute ist Bamin wie Judas.“*

Die versprochenen Entschädigungen – durchschnittlich 150.000 Reais pro Familie – erwiesen sich als unzureichend. Die neuen Grundstücke waren kleiner, trockener und ohne Zugang zu Wasser. Ein Brunnen kostet in der Region rund 25.000 Reais; viele Familien standen vor der Wahl, entweder Land oder Haus zu sichern, aber nicht beides. Die Folge war eine rapide Verarmung. *„Wenn der Laden mir nichts mehr auf Kredit verkauft, werde ich hungern“*, sagte Cleide während der Mission des CNDH.

Die sozialen Strukturen zerfielen. Feste wie die Feier der Santos Reis hörten auf zu existieren. Die Gemeinschaft, die einst über 500 Hektar gemeinschaftlich genutztes Land verfügte, wurde auf wenige Hektar pro Familie reduziert. Pflanzen, die für die traditionelle Medizin wichtig waren, gingen verloren. Die Firma Urandi, die zuvor in der Region aktiv war, hatte Dokumente von Bewohner\*innen entwendet – ein Schritt, der spätere Enteignungen erleichterte und als Form der Grilagem beschrieben wurde.

Besonders gravierend ist der Verlust des Wassers. Die Barragem de Seraíma wurde durch Bergbauaktivitäten kontaminiert, und viele Familien müssen heute Wasser aus anderen Orten heranschaffen, selbst für grundlegende Bedürfnisse wie das Benutzen der Toilette. Die Firma versprach neue Brunnen, doch viele davon blieben trocken. Die Auswirkungen des Klimawandels – unregelmäßige Regenfälle, längere Trockenperioden – verschärfen die Situation zusätzlich.

Die Berichte der Bewohner\*innen zeigen ein Muster: Einschüchterung, individuelle Verhandlungen, gefälschte Berichte, fehlende Transparenz und ein systematischer Versuch, kollektive Identitäten zu schwächen. Das Inema, die Umweltbehörde des Bundesstaates, wurde mehrfach beschuldigt, Berichte der Unternehmen ohne ausreichende Prüfung zu akzeptieren. In einer Anhörung wurde Cleide sogar daran gehindert zu sprechen – ein Versuch, kritische Stimmen zu marginalisieren.



Foto: Vinícius Mendes/KoBra. Gespräch mit der Gemeinde *Antas e Palmitos* mit Kolleg\*innen von *Cáritas*.

*Antas* und *Palmitos* stehen exemplarisch für eine Form der territorialen Enteignung, die nicht nur Land, sondern auch Geschichte, Kultur und Zukunft zerstört.

#### **4.3 Curral Velho und die FIOL – Infrastruktur für wen?**

Curral Velho, im Gebiet von Caetité, ist ein weiteres Beispiel für die Verflechtung von Bergbau, Infrastruktur und Energieparks. Die FIOL – Ferrovia de Integração Oeste-Leste – wurde als Entwicklungsprojekt präsentiert, doch für die Bewohner\*innen brachte sie vor allem Zerstörung. Häuser wurden durch Explosionen beschädigt, Staub legte sich über Felder und Wasserstellen, und viele Familien verloren ihre Lebensgrundlagen. Eine Führungsperson formulierte es so: *„Diese Bahnlinie mag für manche etwas bringen – aber für uns Kleine bleiben nur die Rückstände.“*

Während der Pandemie wurden Bewohner\*innen bei Sprengungen in Busse gesetzt und unter Bäume gebracht – ohne Schutz, ohne Information. Einige Häuser lagen nur 30 Meter von den

Sprengstellen entfernt. Familien, die sich weigerten umzuziehen, mussten täglich ihre Häuser verlassen, um nicht verletzt zu werden.

Die Windparks verstärken die Belastung: Der konstante Lärm der Turbinen, den viele als „wie ein Lastwagen“ beschreiben, beeinträchtigt Schlaf und Gesundheit. Gleichzeitig berichten Bewohner\*innen, dass die Windenergie direkt in die Versorgung der Bergbauanlagen fließt – ein Hinweis darauf, dass die Energiewende in der Region nicht für die Bevölkerung, sondern für die Rohstoffindustrie gestaltet wird.

Curral Velho und die umliegenden Gemeinden – Tanque, Açoita Cavallo, Maracaiá – sind heute von Wasserknappheit, Krankheiten, Landverlust und rechtlicher Unsicherheit betroffen. Über 23 Verfahren laufen vor der Bundesjustiz, doch viele Bewohner\*innen fühlen sich allein gelassen. Die Frage, die immer wieder gestellt wurde, lautet: „Infrastruktur für wen?“

#### **4.4 Staatliche Akteure und politische Verantwortung**

Die Mission des CNDH, an der KoBra teilnahm, zeigte, wie komplex die institutionelle Landschaft ist. Der CNDH – paritätisch besetzt mit Vertreter\*innen der Regierung und der Zivilgesellschaft – *hörte in Bahia Dutzende Berichte über Menschenrechtsverletzungen, Wasserverlust, Einschüchterung und fehlende Transparenz.* Vertreter\*innen der Bundesregierung betonten, dass erneuerbare Energien ein sensibler Bereich seien, doch die Realität vor Ort zeigte, dass Sensibilität allein nicht ausreicht.

Die Zertifizierung traditioneller Gemeinschaften – sei es als Quilombolas, Geraizeiros oder Fundo-e-Fecho-de-Pasto – bleibt ein strukturelles Hindernis. Ohne Anerkennung gibt es keine kollektiven Landrechte, und ohne Landrechte sind Gemeinschaften besonders verwundbar gegenüber extraktiven Projekten. Programme zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen sind oft schwer zugänglich, bürokratisch oder ineffektiv. Der Fall von Mãe Bernadete, die trotz Schutzprogrammen ermordet wurde, wurde mehrfach als Beispiel genannt.

Die Verantwortung des Staates – auf kommunaler, bundesstaatlicher und föderaler Ebene – zieht sich wie ein roter Faden durch alle Berichte: fehlende Kontrolle, mangelnde Transparenz, politische Nähe zu Unternehmen und eine Entwicklungsagenda, die Territorien als Ressource, nicht als Lebensraum betrachtet.

### **5. Internationale Verantwortung – Deutschland und die EU**

Die Konflikte, die in Belém sichtbar wurden und sich in Bahia verdichten, sind nicht nur Ausdruck brasilianischer Entwicklungsmodelle, sondern eng mit globalen Energie- und Rohstoffketten

verknüpft. Deutschland und die Europäische Union spielen dabei eine zentrale Rolle – sowohl als Abnehmer von Eisenerz, Stahl und anderen Rohstoffen, als auch als Akteure einer Energiewende, deren Nachfrage nach „grünen“ Technologien neue extraktive Fronten im globalen Süden erzeugt.

Deutschland ist einer der größten Stahlproduzenten Europas und damit strukturell auf Eisenerzimporte angewiesen. Ein erheblicher Teil dieser Importe stammt aus Brasilien, insbesondere aus Regionen, in denen Bergbauprojekte traditionelle Territorien bedrohen. Die Nachfrage nach „grünem Stahl“, der mit erneuerbaren Energien produziert werden soll, verstärkt diesen Trend: Sie erhöht den Druck, Windparks und andere Energieinfrastrukturen in Regionen zu errichten, die bereits durch extraktive Projekte belastet sind. Für viele Gemeinschaften in Bahia bedeutet dies, dass die Energiewende in Europa nicht als Chance, sondern als neue Form der Enteignung erlebt wird.

Mit dem deutschen Lieferkettengesetz und dem geplanten EU-Lieferkettengesetz existieren rechtliche Instrumente, die menschenrechtliche Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten stärken sollen. Doch die Praxis zeigt, dass territoriale Rechte – insbesondere kollektive Landrechte traditioneller Gemeinschaften – in diesen Regelwerken oft nur am Rand vorkommen. Die Berichte aus Bahia machen deutlich, dass ohne eine explizite Berücksichtigung von Territorien, Wasserrechten und kollektiven Entscheidungsprozessen (CLPI) die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, um extraktive Dynamiken zu begrenzen.

Die europäische Energiewende basiert auf Technologien, deren Produktion große Mengen an Rohstoffen erfordert. Windkraftanlagen, Batterien, Elektroautos und Stromnetze benötigen Metalle, die häufig unter Bedingungen gewonnen werden, die Menschenrechte verletzen und Ökosysteme zerstören. In Bahia zeigt sich diese Logik besonders deutlich: Windparks werden als „grüne“ Infrastruktur präsentiert, dienen aber in der Praxis oft der Energieversorgung von Bergbaukomplexen. Die ökologischen und sozialen Kosten dieser Projekte werden ausgelagert – an Gemeinschaften, deren Territorien als Ressource betrachtet werden, nicht als Lebensraum.

Deutschland und die EU tragen Verantwortung dafür, dass ihre Klimapolitik nicht zu neuen Opferzonen führt. Dazu gehören:

- die Anerkennung kollektiver Landrechte als zentraler Bestandteil menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten
- die Verpflichtung, CLPI-Prozesse als Voraussetzung für jede Form von Rohstoff- oder Energieprojekt zu respektieren
- die Transparenz über Lieferketten, insbesondere im Stahl- und Energiesektor

- die Sicherstellung, dass „grüne“ Technologien nicht auf Kosten traditioneller Territorien produziert werden
- die Unterstützung von Gemeinschaften und Organisationen, die territoriale Rechte verteidigen

## 6. Politische Empfehlungen

Die Erfahrungen in Belém und Bahia zeigen, dass Klimapolitik nur dann gerecht sein kann, wenn sie die territorialen Realitäten derjenigen berücksichtigt, die am stärksten von extraktiven Projekten betroffen sind. Deutschland und die EU stehen vor der Aufgabe, ihre Energiewende so zu gestalten, dass sie nicht neue Formen kolonialer Ausbeutung reproduziert, sondern globale Solidarität und territoriale Gerechtigkeit stärkt.

Die territorialen Konflikte, die in Belém sichtbar wurden und sich in Bahia verdichten, zeigen, dass die brasilianische Klimapolitik nur dann glaubwürdig sein kann, wenn kollektive Rechte und territoriale Autonomie im Zentrum staatlicher Entscheidungen stehen. Die Bundesregierung muss das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (CLPI) als verbindliche Voraussetzung für Bergbau-, Energie- und Infrastrukturprojekte garantieren, problematische Lizenzen überprüfen und dort aussetzen, wo Wasserquellen, Gesundheit oder soziale Strukturen gefährdet sind. Ebenso zentral ist der Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen, deren Sicherheit trotz bestehender Programme nicht gewährleistet ist, sowie die Anerkennung kollektiver Landrechte von Quilombolas, Geraizeiros und Fundo-e-Fecho-de-Pasto-Gemeinschaften, ohne die jede Form territorialer Gerechtigkeit strukturell untergraben bleibt.

Auch Deutschland und die Europäische Union tragen Verantwortung für die Dynamiken, die in Bahia sichtbar wurden. Als Abnehmer von Eisenerz und Stahl sowie als Akteure einer Energiewende, die große Mengen an Rohstoffen benötigt, müssen sie sicherstellen, dass ihre Lieferketten nicht auf territorialen Enteignungen beruhen. Das bedeutet, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten explizit um kollektive Landrechte, Wasserrechte und CLPI zu erweitern, Importe aus Konfliktgebieten auszuschließen und Transparenz über die Verflechtungen zwischen europäischer Energiewende und brasilianischem Bergbau herzustellen. Handels- und Investitionsabkommen wie das EU-Mercosur-Abkommen dürfen nicht zur Beschleunigung extraktiver Projekte beitragen, sondern müssen klare Mechanismen enthalten, die territoriale Rechte schützen und Verstöße sanktionieren.

Unternehmen schließlich müssen ihre Verantwortung über formale Compliance hinaus wahrnehmen. Dazu gehört, kollektive Entscheidungsprozesse zu respektieren, transparente Umwelt- und Sozialgutachten vorzulegen und Reparationsmechanismen für Wasserverlust,

Gesundheitsschäden und soziale Zerstörung zu schaffen. Besonders wichtig ist, dass „grüne“ Energieprojekte nicht als nachhaltige Lösungen dargestellt werden, wenn sie primär der Versorgung extraktiver Großprojekte dienen. Die Erfahrungen in Bahia zeigen, dass die Energiewende nur dann gerecht sein kann, wenn sie nicht auf neuen Opferzonen basiert, sondern auf territorialer Integrität, kollektiven Rechten und der Stärkung derjenigen, die seit Jahrzehnten ihre Territorien verteidigen.

## **7. Schlussfolgerung – Territorien als Voraussetzung für Zukunft**

Die Reise von KoBra nach Belém und Bahia hat gezeigt, dass die zentralen Konflikte der Klimapolitik nicht in den Verhandlungsräumen der COP 30 entschieden werden, sondern in den Territorien, in denen Wasser, Land und Zukunft auf dem Spiel stehen. Die Mobilisierungen in Belém machten sichtbar, dass indigene Bewegungen und zivilgesellschaftliche Akteure nicht nur protestieren, sondern politische Alternativen formulieren, die auf territorialer Autonomie, kollektiven Rechten und einer anderen Vorstellung von Entwicklung beruhen. Die Berichte aus Bahia verdeutlichen, wie eng Bergbau, Windparks und staatliche Entwicklungsprogramme miteinander verflochten sind und wie diese Projekte neue Formen der Enteignung erzeugen, die Gemeinschaften in Unsicherheit und Armut drängen.



Foto: Vinícius Mendes/KoBra. Aus den Territorien kommt die Hoffnung.

Die politischen Empfehlungen dieses Dossiers zeigen, dass territoriale Gerechtigkeit keine Ergänzung, sondern die Voraussetzung jeder ernsthaften Klimapolitik ist. Brasilien steht vor der Aufgabe, kollektive Rechte zu schützen und extraktive Dynamiken zu begrenzen; Deutschland und die EU müssen sicherstellen, dass ihre Energiewende nicht auf Kosten traditioneller Territorien im globalen Süden erfolgt; Unternehmen müssen Verantwortung für die sozialen und ökologischen Folgen ihrer Aktivitäten übernehmen. Die Stimmen aus Belém und Bahia machen deutlich, dass Klimagerechtigkeit nur möglich ist, wenn Territorien als Lebensräume anerkannt werden – und nicht als Ressource für eine globale Wirtschaft, die ihre Kosten externalisiert.

## 8. Quellen und weiterführende Literatur

- CNDH – [95ª Reunião Ordinária \(26.02.2026\)](#) – apresentação dos resultados da missão na Bahia
- Declaração da ONU sobre os Direitos dos Povos Indígenas (UNDRIP) <https://www.un.org/development/desa/indigenouspeoples/declaration-on-the-rights-of-indigenous-peoples.html>
- Ministério dos Direitos Humanos e da Cidadania (MDHC) <https://www.gov.br/mdh/pt-br>
- IBAMA – Licenciamento Ambiental <https://www.gov.br/ibama/pt-br/assuntos/licenciamento> (gov.br)
- INEMA – Instituto do Meio Ambiente e Recursos Hídricos da Bahia <http://www.inema.ba.gov.br/> (inema.ba.gov.br)
- CPT – Conflitos no Campo Brasil (relatórios anuais) <https://www.cptnacional.org.br/publicacoes/conflitos-no-campo-brasil> (cptnacional.org.br)
- MAM – Movimento pela Soberania Popular na Mineração <https://www.mam.org.br/>
- AATR – Associação de Advogadas/os de Trabalhadores Rurais <https://www.aatr.org.br/>
- ATR – Articulação de Advogados/as Populares <https://atrba.org.br/>
- CONAQ – Coordenação Nacional de Articulação das Comunidades Negras Rurais Quilombolas <https://conaq.org.br/>
- CIMI – Relatório de Violência Contra os Povos Indígenas <https://cimi.org.br/categoria/publicacoes/>
- Observatório do Clima <https://www.oc.eco.br/>
- Agência Pública – Reportagens sobre mineração e eólicas <https://apublica.org/>
- Brasil de Fato – Amazônia, COP e conflitos territoriais <https://www.brasildefato.com.br/> (brasildefato.com.br)
- Deutsche Welle – Brasilien & Rohstoffe <https://www.dw.com/pt-br>

- Folha de S. Paulo – Meio ambiente <https://www1.folha.uol.com.br/ambiente/> ([www1.folha.uol.com.br](http://www1.folha.uol.com.br))
- IEMA – Instituto de Energia e Meio Ambiente <https://www.iema.org.br/>
- Livro: Zhouri & Laschefski – Desenvolvimento e Conflitos Ambientais (referência editorial) <https://www.editoraufmg.com.br/> ([editoraufmg.com.br](http://editoraufmg.com.br))
- Estudos sobre eólicas e conflitos territoriais (UFBA, UFMG, UnB) Exemplos: <https://repositorio.ufba.br/> ([repositorio.ufba.br](http://repositorio.ufba.br)) <https://repositorio.ufmg.br/> ([repositorio.ufmg.br](http://repositorio.ufmg.br))
- [APIB – Articulação dos Povos Indígenas do Brasil](#)
- [COIAB – Coordenação das Organizações Indígenas da Amazônia Brasileira](#)
- Cúpula dos Povos / COP do Povo ([materiais públicos](#))
- Contexto internacional – Alemanha e UE
- [EU – Critical Raw Materials Act](#) ([single-market-economy.ec.europa.eu](http://single-market-economy.ec.europa.eu))